



◀ David Byrne,
Kommissar für
Gesundheit und
Verbraucherschutz

Leitartikel

Gesundheit ist für die EU ein langfristiges Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn wir dieses Ziel zusammen mit den europäischen Bürgern definieren und die Zivilgesellschaft aktiv einbinden. Aus diesem Grunde habe ich kürzlich ein Reflexionspapier veröffentlicht, das der in den nächsten Jahren umzusetzenden Europäischen Gesundheitsstrategie die Richtung weist. Diese Strategie wird einer langfristigen Vision den Boden ebnen – einer Vision der Zukunft, bei der Politik, Geld und moderne Technologien im Dienste der Gesundheit stehen und darauf ausgerichtet sind, sie zu erhalten.

In 10 bis 20 Jahren müssen wir eine Europäische Union erreichen, in der die Bürger länger, glücklicher und erfüllter leben. Konkret bedeutet meine Vision Folgendes:

- Europa steht weltweit wieder an der Spitze der Gesundheitsforschung und -technologie.
- Europa ist durch gesundheitstelematische Netze verbunden, die Forschungszentren miteinander vernetzen, den Datenaustausch sicherstellen und Telemedizin ermöglichen.
- Elektronische ärztliche Verordnungen und computergespeicherte Krankenakten werden die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens enorm erhöhen.
- Gesundheitskarten mit eingespeicherter Patientenakte werden es den Patienten ermöglichen, sich überall gesundheitlich versorgen zu lassen.
- Ein EU-Schnellwarnsystem, das sich auf nationale Sachverständige und Hochtechnologie-Netze von Labors stützt, wird Krankheitsausbrüche überwachen und bekämpfen.
- Die EU-Mitgliedstaaten nutzen gemeinsam ihre Kapazitäten und Mittel für gemeinsame Gesundheitstechnologieabschätzungen. Die neueste Technologie wird effizient eingesetzt. Es werden weniger Ressourcen für vermeidbare Erkrankungen verschwendet.
- Die EU liefert ihren Nachbarländern Unterstützung und Know-how zur Bewältigung der ernstesten Gesundheitsprobleme, vor denen sie stehen.

Ich zähle auf Ihre Mitwirkung und Ihre Unterstützung, damit diese Vision Wirklichkeit wird.

IN DIESER AUSGABE

Gesundheit für alle – die Zukunft der Gesundheit in Europa	1-2
EU ergreift Maßnahmen zur Adipositasbekämpfung	2-3
EU fördert die Rechte der Verbraucher in den neuen Mitgliedstaaten	3
Einladung an Interessengruppen, sich am EU-Netz für Vertragsrecht zu beteiligen	4
Markos Kyprianou ist designierter neuer Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz	4

Gesundheit für alle – die Zukunft der Gesundheit in Europa

Durch einen besseren Gesundheitszustand die Wirtschaft ankurbeln: Kommissar Byrne leitet Reflexionsprozess über die künftige EU-Gesundheitspolitik ein

Ein gesünderes und wettbewerbsfähigeres Europa: David Byrne hat am 15. Juli seine Vision vorgestellt, wie dieses Ziel erreicht werden könnte. In einer Rede vor dem Zentrum für Europäische Politik in Brüssel umriss er die wichtigsten Prinzipien, an denen sich seiner Ansicht nach die Entwicklung der EU-Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren orientieren sollte. Dazu gehören die Rolle der Gesundheit als Motor des Wirtschaftswachstums, die Notwendigkeit von Gesundheitsförderung und Prävention statt rein kurativer Behandlung von Krankheiten, und die Dringlichkeit, gesundheitliche Benachteiligungen sowohl zwischen als auch in den Mitgliedstaaten abzubauen.



© Eureka Slide

Im Zentrum dieser Überlegungen steht, dass die Bürger, die einzelstaatlichen Regierungen und die EU gemeinsam Verantwortung für die Gesundheit übernehmen. Hier kommt der EU eine entscheidende Rolle zu, da sie Synergiewirkungen und Partnerschaften zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft fördern kann. Auch kann sie die Vernetzung und Bündelung des gesundheitlichen Sachverständnisses in Europa unterstützen. Kommissar Byrnes Erwägungen zu künftigen Strategieentwicklungen wurden auf der Gesundheitswebsite der Kommission veröffentlicht. Öffentliche Einrichtungen, Interessengruppen und einzelne Bürger sind aufgerufen, sich bis zum 15. Oktober an dem Reflexionsprozess mit Beiträgen zu beteiligen.

„Gesundheit ist heutzutage die Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hängt in zunehmendem Maße davon ab, dass die Bürger ein gesünderes und produktiveres Leben führen können. Gesundheit ist der Motor des Wachstums. Nach vorliegenden Erkenntnissen kann ein 10-prozentiger Anstieg der Lebenserwartung einen Anstieg des BIP um bis zu 0,35 % herbeiführen. Einfacher ausgedrückt, Gesundheit führt zu Wohlstand. Jeder Euro, der heute im Gesundheitswesen nutzbringender angelegt wird, könnte eine deutliche Entlastung zum Wohl des Einzelnen wie auch zum Vorteil der Wettbewerbsfähigkeit der EU darstellen. Aus diesem Grund muss die Gesundheit eine Priorität der Wirtschaft werden.“

Wohin führt die EU-Gesundheitsstrategie?

Neben der Einladung an die Bürger und Interessenverbände, die künftige EU-Gesundheitsstrategie mitzugestalten, warf Kommissar Byrnes Reflexionspapier auch eine Reihe spezifischer Fragen auf:

1. Gesundheit und Wirtschaft

Die EU kann Erkenntnisse über die Auswirkungen der Gesundheit auf das Wirtschaftswachstum und die finanzielle Belastung durch Erkrankungen verbreiten. Sie kann die Mitgliedstaaten darin unterstützen, die Kosteneffizienz der Gesundheitssysteme durch den Austausch bewährter Verfahren und die bessere Nutzung vorhandener Kapazitäten zu erhöhen. Kann – oder sollte – die EU noch mehr tun?

2. Infektionskrankheiten

Wie sollte sich die Arbeit der EU zur Bekämpfung von HIV/Aids und anderen Infektionskrankheiten weiter entwickeln?

3. Eindämmung des Tabakkonsums

Der Tabakkonsum erfordert eindeutig gemeinsame Maßnahmen auf allen Ebenen. Doch wie können wir Prävention wirksam durchsetzen? Sollten beispielsweise alle Regierungen dem irischen Beispiel folgen und das Rauchen am Arbeitsplatz verbieten (auch in Bars und Restaurants)?

4. Sonstige wichtige Probleme der Lebensführung – Ernährung, Übergewicht und Alkoholkonsum

Die EU erlässt bereits Rechtsvorschriften über die Qualität und die Sicherheit von Lebensmitteln und engagiert sich für die Bewusstseinsbildung und die Verbreitung vorbildlicher Verfahren im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Kann die EU noch mehr tun, um eine gesunde Lebensführung zu fördern? Welche weiteren Maßnahmen könnte die EU in den Bereichen Ernährung, Übergewicht und Alkoholkonsum ergreifen?

5. Gesundheitsverträglichkeitsprüfung

Ein wirksames System zur Gesundheitsverträglichkeitsprüfung könnte eine wichtige Rolle dabei spielen, die Gesundheitsschutzanforderungen in andere Politikbereiche einzubeziehen, und Erkenntnisse darüber liefern, in welcher Weise andere Politikbereiche die Gesundheit beeinflussen. Doch wie kann ein solches System in der Praxis funktionieren?

6. EU-Förderung der medizinischen Forschung

Die Gesundheit erhält den ihr gebührenden Stellenwert im 7. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung als wichtige Priorität. Wäre es nicht auch von Vorteil, neue Strukturen für die Gesundheitsforschung in Europa zu schaffen, um den Sachverstand optimal zu bündeln, ähnlich wie in den Spitzenforschungszentren für Gesundheit (National Institutes of Health) der USA?

7. Beteiligung an der Politikgestaltung

Maßnahmen wie die Schaffung des EU-Gesundheitsforums und regelmäßige Zusammenkünfte mit Interessengruppen haben dazu beigetragen, eine höhere Beteiligung der Vertreter des Gesundheitswesens an der Gestaltung der EU-Politik zu erreichen. Was sollte die EU noch tun?

8. Gesundheit auf die internationale Agenda setzen

Wie kann die EU eine Handelspolitik entwickeln, welche die Gesundheitsinteressen wahrt, dabei aber beispielsweise den Zugang zu Arzneimitteln in Entwicklungsländern nicht beeinträchtigt? Oder eine Entwicklungshilfepolitik, für die es uneingeschränkten Vorrang hat, der Dritten Welt zu helfen, Gesundheitssysteme aufzubauen und Krankheiten zu bekämpfen?

Gesundheit ist ein Eckpfeiler der europäischen Demokratien. Doch die Kluft zwischen Gesunden und Kranken in der EU weitet sich aus. In seinem Reflexionspapier ruft Kommissar Byrne die EU dazu auf, Gesundheit für alle zu verwirklichen. Indem die EU ihre Politik in den Dienst der Gesundheit stellt, kann sie Europa dem Bürger näher bringen. Das Papier schlägt eine neue Richtung für die Gesundheitspolitik vor: aktive Gesundheitsförderung statt rein kurativer Behandlung von Krankheiten.

„Stellen Sie sich vor, dass die „Krankheitsministerien“ eines Tages zu wirklichen Gesundheitsministerien werden, die den größten Teil ihrer Haushaltsmittel dafür aufwenden, die Menschen gesund zu erhalten. Nicht nur durch Information, Aufklärung und Prävention, sondern auch durch die entsprechende Gestaltung jeder einzelnen Politik, die sich auf die Gesundheit auswirkt: von besseren Wohnverhältnissen über gesündere Arbeitsbedingungen bis hin zu einer saubereren Umwelt,“ sagte David Byrne.

Die Gesundheit in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen stellen

In dem Papier wird auch betont, wie notwendig es sich, dafür zu sorgen, dass sich alle Bereiche der Politik positiv auf die Gesundheit auswirken. Um Gesundheit für alle zu erreichen, müssen in alle Politikbereiche Gesundheitsschutzerwägungen einbezogen werden. Die EU hat einen klaren Auftrag im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Sie kann einen Mehrwert erbringen, indem sie die Bemühungen um Gesundheit für alle unterstützt. Sie muss tätig werden, um ihre Bürger vor den großen Gesundheitsgefahren zu schützen, die nicht an Landesgrenzen Halt machen. Außerdem spielt sie eine entscheidende Rolle dabei, die verschiedenen Akteure zusammenzubringen, damit sie Erfahrungen austauschen, Kapazitäten gemeinsam nutzen und Synergiewirkungen erzielen.

David Byrne fügte hinzu, „Ich bin davon überzeugt, dass eine innovative Arzneimittelpolitik als Kern der Gesundheitspolitik von wesentlicher Bedeutung für eine kohärente Strategie ist. Wir müssen auch sicherstellen, dass Europa bei der medizinischen Forschung und Technologie wieder an die Weltspitze zurückkehrt – als europäischer Generator für Innovationen im Gesundheitssektor, der die Forschungsarbeit auf neue medizinische Geräte und immer wirksamere Arzneimittel ausrichtet und ihre Ergebnisse EU-weit verbreitet.“

Weitere Informationen: Das Reflexionspapier mit Kommissar Byrnes Sicht der zukünftigen EU-Gesundheitspolitik ist von folgender Website abrufbar: http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/strategy/health_strategy_de.htm

Ihre Meinung zählt!

Sie können an der Erarbeitung der künftigen EU-Gesundheitspolitik mitwirken. Kommissar Byrne lädt öffentliche Einrichtungen, Interessenverbände sowie einzelne Bürger und Bürgerinnen ein, sich am Reflexionsprozess zu beteiligen, indem sie ihre Meinungen und Kommentare zu seinem Papier „Gesundheit für alle ermöglichen“ bis zum **15. Oktober 2004** an folgende Anschrift senden:

Reflection-health-strategy@cec.eu.int

EU ergreift Maßnahmen zur Adipositasbekämpfung

Die Europäische Kommission veranstaltete eine Podiumsdiskussion zum Thema Adipositas, um strategische Ziele für die Bekämpfung dieser Epidemie zu ermitteln

Die Bekämpfung der Adipositas, eines der größten Risikofaktoren für Erkrankungen wie Diabetes, einige Krebsarten und Herz-Kreislauf-Krankheiten hat einen hohen Stellenwert

für Robert Madelin, den Generaldirektor für Gesundheit und Verbraucherschutz bei der Kommission. So seine Worte bei der Eröffnung der Podiumsdiskussion zum Thema Adipositas am 20. Juli in Brüssel.

Diese Podiumsdiskussion sollte den ersten Schritt darstellen, um eine umfassende Vision zum Thema zu vereinbaren und letztlich strategische Ziele auf EU-Ebene festzulegen.

„So genannte ‚*Headline objectives*‘ oder ‚*strategische Ziele*‘ sollten als Vorgaben für Maßnahmen von einzelnen Organisationen und Wirtschaftsakteuren dienen, dabei aber Spielraum für alle Beteiligten auf lokaler Ebene lassen, um genauer festzulegen, wie sie diese Ziele im Einzelnen erreichen wollen,“ sagte Robert Madelin.

In den letzten beiden Jahren wurde in einer Reihe von Berichten wiederholt betont, welche ernsten Probleme der öffentlichen Gesundheit uns weltweit bevorstehen, wenn wir den derzeitigen Entwicklungen bei Übergewicht und Adipositas nicht entgegenreten. Weltweit sind jedes zehnte Kind und mehr als eine Milliarde Erwachsene übergewichtig – und mindestens 300 Mio. Erwachsene leiden unter klinischer Adipositas. Laut einer Prognose werden bis 2030 zwei Drittel der Bürger Europas Übergewicht haben. Experten sagen voraus, dass die gesundheitlichen Folgen dieser Entwicklung katastrophal sein könnten.

Weitere Informationen sind von folgender Website abrufbar:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/nutrition/nutrition_de.htm



© Eureka Slide/Covetel

EU fördert die Rechte der Verbraucher in den neuen Mitgliedstaaten

Die EU wird in allen neuen Mitgliedstaaten Informationskampagnen durchführen, um das Bewusstsein für die Rechte der Verbraucher zu stärken und nationale Verbraucherverbände zu fördern

Am 1. Mai 2004 erhielten die Verbraucher neue Rechte in den zehn neuen Mitgliedstaaten, die der EU beitraten. Behörden und Verbraucherverbände in diesen neuen Mitgliedstaaten sind jedoch übereinstimmend der Auffassung, dass das Bewusstsein für diese Rechte bei den Verbrauchern nur gering ausgeprägt ist. Der Begriff Verbraucherrechte ist vielen neu. Die Kenntnis spezieller Rechte fehlt oft, ebenso wie das Wissen, wie man sie durchsetzt. Mithilfe von PR und Fernsehspots will die Europäische Kommission den Verbrauchern mitteilen: „Seien Sie sich bewusst, dass Sie als Verbraucher Rechte haben und nutzen Sie sie auch. Treten Sie einem Verbraucherverband bei: er wird Ihnen helfen, Ihre Rechte auch durchzusetzen!“



Pavel Telička

„Einige Verbraucher mögen die Vielfalt und Ausgeklügeltheit der mit dem EU-Binnenmarkt eröffneten Märkte und ihrer Praktiken überwältigend finden,“ sagte Kommissar Pavel Telička. „Erfahrungsgemäß liegt der Schlüssel für den wirklichen Nutzen des Binnenmarkts für den Verbraucher darin, sich zu organisieren. Dazu bedarf es unabhängiger und leistungsfähiger Organisationen zur Vertretung der Verbraucherrechte.“

In den kommenden Jahren will die Europäische Kommission in allen neuen Mitgliedstaaten Informationskampagnen durchführen, um das Bewusstsein für die Rechte der Verbraucher zu stärken, und zwar insbesondere für diejenigen Rechte, die sich auch den EU-Rechtsvorschriften ergeben. Polen ist das erste Land, in dem eine solche Kampagne eingeleitet werden soll.

■ Neue Ausschüsse des Europäischen Parlaments

Das neu gewählte Europäische Parlament kam erstmals am 20.-23. Juli zusammen, um die Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertreter zu wählen.

Die Zahl der Parlamentsausschüsse ist von 17 während der Legislaturperiode 1999-2004 auf 20 im neuen Parlament gestiegen.

Wichtigster Punkt der Tagesordnungen aller Ausschüsse ist die Erstellung von Fragebögen für die Anhörungen der neuen Kommissare Ende September.

Für die Gesundheits- und Verbraucherschutzpolitik sind folgende Ausschüsse relevant:

• Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (63 Mitglieder)

Vorsitz: Karl-Heinz FLORENZ, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Demokraten, Deutschland.

Relevante Befugnisse und Zuständigkeiten:

Programme und spezifische Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit; Arzneimittel und kosmetische Erzeugnisse; Gesundheitsaspekte des Bioterrorismus; Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln und Europäisches Zentrum für die Prävention und die Bekämpfung von Seuchen.

Fragen der Lebensmittelsicherheit: Kennzeichnung und Sicherheit von Lebensmitteln; Veterinärvorschriften zum Schutz vor Risiken für die menschliche Gesundheit; Gesundheitskontrollen von Lebensmitteln und Lebensmittelherstellungssystemen; Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit und Europäisches Lebensmittel- und Veterinäramt.

• Binnenmarkt und Verbraucherschutz (40 Mitglieder)

Vorsitz: Philip WHITEHEAD, Fraktion der Sozialdemokratischen Partei, Vereinigtes Königreich.

Relevante Befugnisse und Zuständigkeiten:

Förderung und Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher, außer in den Bereichen öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts.

• Landwirtschaft (42 Mitglieder)

Vorsitz: Joseph DAUL, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Demokraten, Frankreich.

Relevante Befugnisse und Zuständigkeiten:

Rechtsvorschriften für Fragen der Tier- und Pflanzengesundheit, Futtermittel, soweit diese Maßnahmen nicht dazu dienen, vor Risiken für die menschliche Gesundheit zu schützen; Rechtsvorschriften über artgerechte Tierhaltung und Tierschutz; Gemeinschaftliches Sortenamt.

⇒ **Bevorstehende Veranstaltungen**

27. September – Eröffnungsveranstaltung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Bekämpfung von Seuchen in Stockholm.

20. - 21. September – Ministerkonferenz über die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Luxemburg.

16. - 17. September – „Die europäische Reaktion auf die von neu auftretenden Zoonosen ausgehenden Risiken für die öffentliche Gesundheit“, Tagung, Den Haag.

■ EU ruft zur Bekämpfung von HIV/Aids auf

Am 8. September nahm die Europäische Kommission ein Arbeitspapier an, das bei der Abwehr der HIV/Aids-Krise in Europa und den Nachbarländern eine politische Führungsrolle der EU fordert.

Der Anteil der neu gemeldeten HIV-Infektionen hat sich in Westeuropa seit 1995 verdoppelt. In einigen der Länder, die am 1. Mai der Union beigetreten sind, sowie in den östlichen Nachbarländern der EU gehört die Rate der Neuinfektionen mit zu den höchsten der Welt.

Das Papier fordert größere Anstrengungen zur Prävention der Ausbreitung der Epidemie, Maßnahmen zur Sicherstellung des Zugangs zu bezahlbarer Behandlung für die Menschen in den ärmeren europäischen Ländern, eine bessere Koordinierung der nationalen HIV-/Aids-Strategien und Maßnahmen zur Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe.

Das Kommissionspapier wird am 16./17. September auf einer internationalen Konferenz in Wilnius von Gesundheitsministern und Aids-Experten aus allen EU-Mitgliedstaaten diskutiert. Eröffnet wird die Tagung vom litauischen Premierminister Algirdas Brazauskas und dem Kommissionsmitglied Pavel Telička.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/aids/aids_en.htm

■ Neue Beratergruppe für die Lebensmittelkette

Zur Beratung der Europäischen Kommission in Fragen der Lebensmittelsicherheit wird eine Gruppe eingesetzt, in der die Landwirte, die Lebensmittelindustrie, der Einzelhandel, die Verbraucherverbände und andere Hauptakteure vertreten sind.

Diese Beratende Gruppe für die Lebensmittelkette sowie für Tier- und Pflanzengesundheit wird sich aus 45 Mitgliedern von auf EU-Ebene agierenden Organisationen zusammensetzen und mindestens zweimal im Jahr tagen. Im Einklang mit dem Grundsatz, dass die Lebensmittelsicherheit vom Erzeuger bis zum Verbraucher gewährleistet sein muss, wird die Kommission die Gruppe zu unterschiedlichen Fragen von der Pestizidpolitik bis hin zu Vorschriften über die Lebensmittelkennzeichnung konsultieren. Die Kommission hat auch angekündigt, ein Internet-Konsultationsforum für Lebensmittelsicherheit einzurichten, das allen Organisationen offen steht, die auf europäischer und nationaler Ebene in diesem Bereich tätig sind. Die neue Beratergruppe wird voraussichtlich gegen Ende des Jahres zum ersten Mal zusammentreten.

Auf europäischer Ebene tätige Einrichtungen, welche die Erzeuger, die Lebensmittelindustrie, den Einzelhandel und die Verbraucher vertreten, können die Mitgliedschaft in der Beratenden Gruppe für die Lebensmittelkette sowie für Tier- und Pflanzengesundheit beantragen. Nähere Einzelheiten hierzu sind von folgender Website abrufbar: http://europa.eu.int/comm/food/committees/advisory/index_en.htm

⇒ **Neues kurzgefasst**

20. August – Nach einem Ausbruch der Vogelgrippe in Malaysia am Vortag hat die Europäische Kommission alle Einfuhren von Federn und Haustieren (Papageien, Kakadus, Finken) aus diesem Land bis mindestens zum 15. Dezember ausgesetzt. Das Einfuhrverbot gilt nicht für Geflügel und Eier aus Malaysia, da diese von der EU nicht eingeführt werden.

26. Juli – Die Europäische Kommission hat entschieden, das Einfuhrverbot für Geflügelerzeugnisse und Ziervögel aus verschiedenen Ländern Asiens, die von der Vogelgrippe betroffen sind, bis zum 15. Dezember zu verlängern.

Einladung an Interessengruppen, sich am EU-Netz für Vertragsrecht zu beteiligen

Die Europäische Kommission hat Verbraucherverbände, Juristen und Wirtschaftsverbände eingeladen, sich um die Teilnahme an einem neuen Netz zu bewerben, das die Kommission bei der Schaffung des neuen „Gemeinsamen Bezugsrahmens“ gemäß dem Aktionsplan für EU-Recht unterstützt

Ob nun ein Unternehmen von einem anderen Unternehmen Waren kauft oder Dienstleistungen in Anspruch nimmt oder ob Verbraucher etwas kaufen, stets liegt allen im europäischen Binnenmarkt getätigten Geschäften das Vertragsrecht zugrunde. Einige Rechtsvorschriften der EU, wie die Richtlinie über den Verbrauchsgüterkauf oder die Richtlinie über Pauschalreisen haben bereits eine Angleichung bestimmter Aspekte des Vertragsrechts der Mitgliedstaaten bewirkt. Der „Gemeinsame Bezugsrahmen“ (CFR) wird gemeinsame Grundsätze, Definitionen und Mustervorschriften liefern, um die bestehenden und künftigen EU-Rechtsvorschriften zum Vertragsrecht zu verbessern.

Das Netz soll sicherstellen, dass die Ergebnisse dieser Arbeit auf praktische Art und Weise die wirklichen Probleme lösen, vor denen die Interessengruppen stehen. Die Kommission möchte, dass in das Netz die größtmögliche Bandbreite von Rechtstraditionen und Wirtschaftsinteressen der EU einfließen, dazu gehören Industrie, Dienstleistungssektor, Finanzdienstleistungen, Rechtsberufe, Notare, Richter, Schiedsrichter und Verbraucherverbände.

Einsendeschluss ist der 4. Oktober 2004 für Bewerbungen, der postalisch übersandt werden, und der 10. Oktober 2004 für Bewerbungen per E-Mail oder Fax.

Vollständige Angaben über die Teilnahme sind von der Website der Kommission zum europäischen Vertragsrecht abrufbar: http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_int/safe_shop/fair_bus_pract/cont_law/index_de.htm

Markos Kyprianou ist designierter neue Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz

Am 12. August hat José Manuel Barroso, der designierte Präsident der Europäischen Kommission, die Zuständigkeiten der Kommissare angekündigt, die am 1. November ihr Amt antreten sollen. Er benannte den Zypriener Markos Kyprianou als nächsten Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz.



© European Community, 2004

Markos Kyprianou, 44, ein Spezialist für internationales Recht, der in Athen, Cambridge und an der Harvard Law School studiert hat, ist bereits Mitglied der Kommission von Romani Prodi. Er wurde am 1. Mai 2004 mit Zyperns EU-Beitritt Kommissar und arbeitet derzeit mit Michaele Schreyer, der Haushaltskommissarin zusammen. Bis zu seiner Ernennung zum Kommissar war Kyprianou Finanzminister Zyperns und davor Mitglied des zypriischen Parlaments.

Als Mitglied der Demokratischen Partei Zyperns (DIKO) war Kyprianou aktiv am öffentlichen Leben beteiligt, seit er 1986 Stadtrat in Nicosia wurde.

Nach den Anhörungen im Europäischen Parlament zu ihrer Bestätigung soll die neue Kommission ihre neue fünfjährige Amtszeit im November antreten.

Consumer Voice, Ausgabe September 2004
Die in *Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.
E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi; **Redaktion:** Iwona Pajak, Ben Duncan, Terese Van oel in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.
Layout: Deborah MacRate-Ockerman
Website:
http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm